



Sozialdemokratische Partei
des Kantons Glarus

Positionspapier SP des Kantons Glarus: Vision Glarner Gemeinden 2026

Die SP des Kantons Glarus hat anlässlich einer Matinée im August 2017 die Thematik der politischen Teilnahme behandelt und dabei die **Vision Glarner Gemeinden 2026** erarbeitet. Dieses Positionspapier wurde in der vorliegenden Form durch die Parteiversammlung vom 6. November 2017 genehmigt.

Diesbach,
21. Januar 2018

Ausgangslage:

Seit der Gemeindefusion von 2011 stellen wir einen drastischen Niedergang der im Kanton Glarus viel beschworenen Versammlungsdemokratie fest. Das Interesse der Bevölkerung, sich für die Lokalpolitik zu engagieren und einzusetzen, nimmt permanent ab. Dies zeigt sich insbesondere bei der Stimmbeteiligung an den Gemeindeversammlungen. Rechnet man die wenigen Teilnehmer auf die Anzahl der Stimmberechtigten um, erreicht die Stimmbeteiligung ein beängstigend tiefes Niveau. Hatte beispielsweise die Gemeinde Sool mit rund 250 Stimmberechtigten an jeder Gemeindeversammlung doch ca. 40 Teilnehmer, so nahmen an der Gemeindeversammlung der Gemeinde Glarus Süd im Sommer 2016 noch knapp 180 Leute teil, dies bei rund 7'000 Stimmberechtigten. Zudem verkommen diese reduzierten Gemeindeversammlungen zu monotonen Veranstaltungen, an denen der Gemeinderat seine Vorlagen präsentiert und ohne kritische Auseinandersetzung in der Bevölkerung durch die Versammlung durchwinken lässt. Diese verheerende Entwicklung hat spürbare Auswirkungen auf die Politik in den Gemeinden:

- Der Graben zwischen Politik und Bevölkerung wächst;
- Der Graben zwischen Verwaltung und Bevölkerung wächst;
- Die tiefe Teilnahme an den Gemeindeversammlungen führt dazu, dass Entschiede an der Bevölkerung vorbei gefällt werden;
- Die Gefahr der Interessendemokratie wächst weiter;
- Es fehlt an einer echten Kontrolle der Exekutive;
- Es gibt ein Ungleichgewicht bei der Verteilung von Kompetenzen in den Gemeinden;
- Es sind alle Gemeinden gleichermaßen betroffen.

Von dieser Entwicklung sind alle 3 Gemeinden betroffen. Glücklicherweise sieht es auf kantonaler Ebene noch anders aus. Hier ist die Landsgemeinde in der Bevölkerung stark verankert und erfüllt als politisches Meinungsbildungsorgan auch in Jahren mit wenig relevanten Themen oder bei schlechtem Wetter ihre demokratische Funktion.

Die Reduktion der Gemeinderäte, die Abschaffung von Schul- und Fürsorgeräte und die Verkleinerung des Landrats haben dazu geführt, dass die Anzahl von Funktionären von über 500 auf rund 100 (ohne Glarner Einbürgerungsräte, GPK, etc) gesunken ist. Viele Mandatsträger haben zudem auch mehr als ein Amt. Es gibt dadurch keine niederschweligen Angebote mehr, um in die Politik einzusteigen, zumal die Hürde bei einem Landrat von 60 Personen hoch ist und das Mandat in einem Gemeinderat mit einem Pensum von 15 bis 40 Prozent verbunden ist. Dies hat Auswirkungen:

- Es ist für viele Arbeitende, insbesondere für Kaderangestellte schwierig neben ihrem Job noch ein Amt mit einem Pensum von bis zu 40% auszuführen;

Sozialdemokratische Partei
des Kantons Glarus

Präsident
Jacques Marti
Feld 9
8777 Diesbach

www.spglarus.ch

- Der Gemeindepräsident hat mit seinen 100% Arbeitspensum einen grossen Wissensvorsprung gegenüber seinen Kolleginnen und Kollegen im Rat;
- Eine schlanke Pyramide führt dazu, dass bei wichtigen Ämtern eine breite Auswahl an geeigneten Kandidaten fehlt.



Lösungsansatz der SP Glarus:

Um diese Problematik zu lösen, hat die SP des Kantons Glarus die Vision Glarner Gemeinden 2026 entwickelt. Ziele der Vision sind folgende:

- Langfristig die politische Teilnahme der Bevölkerung in den Gemeinden verbessern;
- Mit mehr niederschweligen politischen Funktionen eine breitere politische Basis schaffen;
- Mit Referenden die Parteien mehr zum Handeln zwingen und somit in der politischen Diskussion zu stärken;
- Die Kompetenzen innerhalb der Gemeinden wieder ins Gleichgewicht bringen.

Die Vision Glarner Gemeinden 2026 beinhaltet folgende Eckpunkte:

- Verkleinerung der Gemeinderäte und Schaffung von Hauptämtern (80 bis 100%);
- Abschaffung der Gemeindeversammlungen;
- Schaffung von Gemeindeparlamenten;
- Fakultatives Referendum und Urnenabstimmungen.

Mit der Professionalisierung der Gemeinderäte soll ein Gleichgewicht in den Räten wiederhergestellt werden. Wir sehen hier zwischen drei bis fünf Gemeinderäte, welche diese Funktion im Hauptamt ausführen und damit auch operative Aufgaben wahrnehmen. Wir wollen die Gemeindeversammlung abschaffen und in allen drei Gemeinden Parlamente einführen, welche mindestens 30 Mitglieder haben. Die Parlamente beraten dabei über die Vorlagen der Exekutive und entscheiden abschliessend. Vorbehalten bleibt ein Fakultatives Referendum, welches die Stimmbürger, Parteien oder andere Organisationen ergreifen können. Anschliessend erfolgt eine Urnenabstimmung. Mit diesem Modell, welches im Übrigen die Stadt Chur erfolgreich anwendet, können die angestrebten Ziele erfüllt werden.

Beabsichtigtes Vorgehen:

Um diese Vision umzusetzen, ist als erstes ein Memorialantrag einzureichen, mit welchem in der Kantonsverfassung und im Gemeindegesetz die rechtlichen Voraussetzungen zur Abschaffung der Gemeindeversammlung und zur Bildung von Parlamenten geschaffen wird.

Der SP des Kantons Glarus ist bewusst, dass es viel Arbeit und Überzeugungsarbeit benötigt um diese Vision umzusetzen, diese nehmen wir aber auf uns.